



## Antrag

der Fraktion der FDP

### **Anpassung des Aktionsplans Ostseeschutz zur Sicherung der Küstenfischerei**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass der von der Landesregierung aus März 2024 vorgelegte Aktionsplan Ostseeschutz zu einem Verbot der traditionellen Küstenfischerei in der Ostsee führt.

Die Landesregierung wird daher aufgefordert, den Aktionsplan Ostseeschutz so zu überarbeiten, dass die Auswirkungen auf die Fischereibetriebe minimiert werden. Insbesondere soll die Gebietskulisse so angepasst werden, dass traditionelle Fanggebiete der Küstenfischerei erhalten bleiben.

Die Landesregierung soll gemeinsam mit den betroffenen Akteuren, insbesondere dem Landesfischereiverband, alternative Schutzgebietsvorschläge erarbeiten, die sowohl dem Naturschutz als auch der wirtschaftlichen Tragfähigkeit der Fischerei gerecht werden.

Die Landesregierung wird gebeten, sich gegenüber der Bundesregierung und der Europäischen Union dafür einzusetzen, dass wirtschaftliche und soziale Auswirkungen von Schutzgebieten auf die Fischerei stärker berücksichtigt und angemessene Ausgleichsmaßnahmen geschaffen werden.

Die Landesregierung wird aufgefordert, ein Monitoringprogramm zur Evaluierung der ökologischen und wirtschaftlichen Folgen der neuen Schutzgebiete aufzusetzen und den Landtag regelmäßig über die Ergebnisse zu informieren.

**Begründung:**

Der im März 2024 vorgestellte Aktionsplan Ostseeschutz sieht die Ausweisung neuer Schutzgebiete vor, die erhebliche negative Auswirkungen auf die verbliebenen Fischereibetriebe haben werden. Die geplanten Schutzgebiete betreffen wesentliche Fanggründe, insbesondere für Plattfische westlich von Fehmarn und von Gelting bis Schleimünde. Während Sport- und Freizeitaktivitäten weitgehend erlaubt bleiben sollen, wird die Berufs- und Hobbyfischerei stark eingeschränkt oder verboten.

Der Landesfischereiverband hat einen alternativen Vorschlag für die Schutzgebietsabgrenzung vorgelegt, der die Interessen des Naturschutzes mit der Existenzsicherung der Fischerei in Einklang bringen soll. Diesen Vorschlag gilt es zu prüfen und ernsthaft in die Planungen einzubeziehen.

Die Landesregierung wird daher aufgefordert, sich für eine ausgewogene Lösung einzusetzen, die den Ostseeschutz mit der Zukunftsperspektive der Fischereibetriebe verbindet. Nur durch eine konstruktive Zusammenarbeit mit der Branche und eine realistische Abwägung von ökologischen und ökonomischen Interessen kann eine langfristig tragfähige Lösung gefunden werden.

Anne Riecke

und Fraktion